

Religion – keine Privatsache. Von der Aufgabe linker Christen

Versammlung des AK Christinnen und Christen in und bei der LINKEN in Marburg
Dienstag, 7. Februar 2017, 19.00 Uhr, Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

I. Die Welt, in der wir leben

Erst die Weltwirtschaftskrise, dann die globale Klimakatastrophe und jetzt bringt auch noch der neue US Präsident Trump die Weltordnung zum Zusammenbruch, die sich nach dem 2. Weltkrieg herausgebildet hatte. All das zeigt, die Menschheit befindet sich an einem historischen Wendepunkt. Wir sind Zeitzeugen, wie weltweit Milliarden die Macht übernehmen: In den USA, In der Ukraine, in Argentinien. Linke Regierungen werden wie in Lateinamerika unter dem Deckmantel von Recht weggeputscht so in Brasilien, Honduras, Paraguay. Die Opfer der Verwüstungen des Neoliberalismus klopfen derweil an die Haustüren Europas. Und Europas baut sich zu einer Festung aus. Klimaleugner übernehmen Ministerämter in den USA, Banker von der Wallstreet übernehmen das Finanzresort unter Trump und hierzulande ist die AfD mancherorts schon stärker als die Volksparteien CDU oder SPD – von der Linken ganz zu schweigen. Seit der großen Krise 2008 sind wieder nationalistische Bewegungen und Parteien emporgekrochen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit leben wir in einem echten Weltsystem: dem Kapitalismus. Er ist dabei, sich zu Tode zu siegen. Der Ausstieg aus der heiß laufenden Maschine Kapitalismus stellt eine gewaltige Herausforderung dar.

Es geht um gesellschaftliche Alternativen für einen solidarischen und nachhaltigen Einstieg in den Ausstieg aus mehr als drei Jahrzehnten Neoliberalismus. Die gescheiterten Eliten werden nicht kampflos aufgeben, so wenig übrigens wie die Kräfte eines autoritär fortgeführten Neoliberalismus.

Was sind die Aufgaben linker Christinnen und Christen angesichts solcher Umstände? Vier solche Aufgaben möchte ich benennen:

1. Die Gerechtigkeitsfrage ins Zentrum stellen
2. Die soziale mit der ökologischen Gerechtigkeitsfrage verknüpfen
3. Systemkritik wachhalten: Kapitalismus ist die herrschende destruktive Weltreligion.
4. Hoffnung stiften.

1. Die Gerechtigkeitsfrage ins Zentrum stellen

Die Entwicklungsorganisation Oxfam stellte kürzlich fest, dass im letzten Jahr die acht reichsten Personen der Welt ein höheres Nettovermögen (Vermögen minus Schulden) besaßen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. In Deutschland sieht es kaum besser aus. 36 Personen, unter ihnen die Aldi-Familie, die BMW-Großaktionärin Susanne Klatten und der Unternehmenssohn Georg Schaeffler, besitzen mehr als 41 Millionen Bundesbürger zusammen. Die reichere Hälfte der Bevölkerung besitzt fast alles (98 % des Nettovermögens), während der Rest fast nichts hat.

„Diese Wirtschaft tötet. Diese Wirtschaft spaltet. Diese Wirtschaft zerstört Mutter Erde.“ Auf diesen Nenner hat Papst Franziskus die Vielfachkrise gebracht. Der Papst schleudert der kapitalistischen Wirtschaft ein vierfaches Nein entgegen: Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, Nein zur neuen Vergötterung des Geldes, Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen und Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. Seine Folgerung lautet: »Diese Wirtschaft tötet. «

Auf einer Demonstration der Occupy-Bewegung oder von Attac mag man solche Slogans erwarten. Doch nicht aus Rom. Die Stimme des Papstes ist keineswegs isoliert. Die mediale Aufmerksamkeit der kräftigen, prophetischen Worte des Papstes konnten die vielen zeitgleich beschlossenen Erklärungen und Beschlüsse des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan (Südkorea) vom November 2013 nicht erreichen. Geradezu atemberaubend und deshalb auch von den Medien und den Kirchen hierzulande verschämt verdrängt und verschwiegen wird, die große Ökumene aller Kirchen weltweit in einem klaren Nein zu Geist, Logik und Praxis des Kapitalismus. Auf diesem Hintergrund und der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus lohnt es sich hinzuhören, was die Kirchen weltweit angesichts dieser Lage zu sagen haben.

Die Medien schweigen dazu. Deshalb sollten linke Christen sich ökumenisch informieren. Im Herbst 2016 fand in Rom das 3. Welttreffen sozialer Volksbewegungen mit ca. 5000 TeilnehmerInnen aus allen Kontinenten der Welt und unterschiedlichster Weltanschauungen statt. Papst Franziskus bezeichnete in seiner Rede das Mittelmeer als einen „Friedhof“ und verurteilte diese „schmachvolle Situation“. Als Hauptursache der Migration benannte er „ein ungerechtes sozio-ökonomisches System und kriegerische Konflikte“, die viele von jenen mitverursacht hätten, die sich heute weigern, Geflüchtete zu empfangen. Unter der Überschrift „Terror und Mauern“ sprach er von einem „grundlegenden Terrorismus“, der aus „der globalen Kontrolle“ hervorgeht, „die das Geld über die Erde ausübt und die ganze Menschheit in Gefahr bringt.“

„Wer also regiert? Das Geld! Wie regiert es? Mit der Peitsche von Angst, von Ungleichheit, von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und militärischer Gewalt, die in einer niemals endenden Abwärtsspirale immer mehr Gewalt erzeugt. ... Er geht hervor aus der globalen Kontrolle, die das Geld über die Erde ausübt und die ganze Menschheit in Gefahr bringt. ... Das System ist terroristisch.“

Manche sind irritiert, über die kirchlichen Erklärungen. Doch erstaunlich ist dies auch wieder nicht. Denn mit dem Übergang zum 21. Jahrhundert ist das Christentum zahlenmäßig zu einer nicht-westlichen Religion der Armen geworden. Diese Tatsache spiegelt sich in den Beschlüssen, Dokumenten und Aussagen aller Kirchen. Immer noch ist man in Europa in kolonialen Vorurteilen gefangen und beurteilt die Welt aus hiesiger Perspektive. Darin drückt sich eine Arroganz aus, die Teil eines fortbestehenden kolonialen Denkens ist. Mit dem ersten Papst, der nicht aus Europa stammt, vollzieht sich wie in der Ökumene auch ein Perspektivenwechsel, der für unsere europäischen Ohren ungewohnt ist: Die Zukunft des Christentums ist nicht in Europa, sondern im globalen Süden zu finden. In Europa wird das Christentum nur eine Zukunft haben, wenn es sich ökumenisch mit den arm Gemachten hierzulande und weltweit verbündet. Dabei geht es nicht um die Zukunft des Christentums sondern um die Zukunft des Planeten Erde und derer, die sie bewohnen. Wenn der Papst die Welttreffen sozialer Bewegungen organisiert, dann steht dahinter ein strategisches Konzept: Die Herrschenden, die die Krise verursacht haben und von den herrschenden Verhältnissen profitieren, sind nicht die Lösung. Die Lösung muss von unten kommen. So bildet sich in den Kirchen eine weltweite Internationale der Solidarität. Der Papst richtet seine Botschaft beileibe nicht nur an Christinnen und Christen. Er setzt auf die Kraft der Bewegungen von unten. Den Sozialbewegungen

in Lateinamerika rief er ermutigend zu: „Die Zukunft der Menschheit liegt nicht allein in den Händen der großen Verantwortungsträger, der bedeutenden Mächte und der Eliten. Sie liegt grundsätzlich in den Händen der Völker; in ihrer Organisationsfähigkeit und auch in ihren Händen.“ An der Linken auch hierzulande wäre es, hier Schritt zu halten.

In einer theologischen Sprache charakterisiert die Missionserklärung aus Busan die Gegenwart als »ein globales vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt«. Zuvor hatte bereits 2003 der Lutherische Weltbund auf seiner Vollversammlung in Winnipeg eine Wirtschaft, die auf unbedingtem Vertrauen auf die Marktgesetze beruht, Götzendienst genannt. Auch der Reformierte Weltbund hatte in Accra (Ghana) im Jahr 2004 den Neoliberalismus als eine »Ideologie, die von sich behauptet, es gäbe zu ihr keine Alternative« verurteilt. „Darum sagen wir Nein zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird. ... Wir weisen jeden Anspruch auf ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Imperium zurück, das Gottes Herrschaft über das Leben umzustürzen versucht, und dessen Handeln in Widerspruch zu Gottes gerechter Herrschaft steht.“

Nicht anders Papst Franziskus. Er sagt: »Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (...) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel. « (EG 240)

Drei Aspekte sollen darin betont werden:

- *Ein neues Goldenes Kalb: ein erbarmungsloser Fetischismus des Geldes*
Zur Analyse der grundlegenden Mechanismen verwendet der Papst die biblische Metapher vom Goldenen Kalb, die er modern in der Sprache von Marx einen Fetisch nennt. Auch heute beten Menschen wieder Goldene Kälber an. Auch heute wird geopfert, um den Gott Wirtschaft zu beruhigen.
- *Diese Wirtschaft übt eine Diktatur aus*
Diese von Menschen geschaffene Wirtschaft übt eine Diktatur über den Menschen aus.
- *Diese Diktatur hat kein wirklich menschliches Ziel*
Das Betriebssystem des Kapitalismus kennt kein Instrument, das auf Menschlichkeit, Mitgefühl oder ethische Verantwortung reagieren würde. Der Kapitalismus ist ein System, das der Maximierung des Profits dient. Nicht um Menschen und ihre Bedürfnisse geht es, sondern um ein System, das nach eigenen Regeln funktioniert, die nichts anderes als die bloße Profitmaximierung kennen. Die Aufgabe wäre hier die Entprekariisierung der Arbeit und die Transnationalisierung des Sozialen und Kampf für ein Europa der Freizügigkeit und der Verpflichtung auf globale Gerechtigkeit.

2. Soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammenhalten

Mit seiner Umweltenzyklika »Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus« rückt der Papst die zerstörerischen Folgen des Kapitalismus für die Menschen und die Natur ins Zentrum. »Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde« (49). Nur eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung zieht immer noch seinen Nutzen aus einem gescheiterten System. Sie beansprucht eine „imperiale Lebensweise“

(Ulrich Brand) für sich, greift weltweit auf billige Arbeit und billige Ressourcen zurück. Und sie lebt über die Verhältnisse anderer - auf Kosten und zu Lasten der Armen weltweit und der „Mutter Erde“. In der globalen Wegwerfkultur sind „Primark“ oder „Kik“ so billig, weil der wahre Preis anderswo bezahlt wird – von den Arbeiterinnen in Bangladesch oder auf den Philippinen.

Der Papst sagt: So wie wir wirtschaften, leben, konsumieren, Politik machen, überhören wir den Schrei der Armen und auch den der Erde. Es geht um mehr als Biogemüse. Wachstum, Produktionsweise, globalen Machtverhältnissen und Lebensstilfragen machen das zerstörerische System aus. Deshalb muss die destruktive Logik der Beherrschung und Aneignung gebrochen werden.

Der Papst nennt die Alternative: An die Stelle des Paradigmas des Menschen als Herrscher plädiert er für eine universelle Geschwisterlichkeit aller Geschöpfe. Das ist nicht nett und harmlos gemeint, sondern hochpolitisch: In der Sprache der Religion wird eine ökologische Gleichheit eingefordert. Sie begründet geschwisterliche, demokratische Nutzungsregeln für einen begrenzten Planeten, damit alle leben können. Niemand hätte dann das Recht, für sich einen übergroßen Anteil von den Gütern der Erde zu beanspruchen. Alle, die diesen Planeten bewohnen, haben das gleiche Recht auf ein gutes Leben. Deshalb haben Gemeingüter Vorrang.

Haben solche Einsichten irgendeine Bedeutung für die Linke, für Linke, für die Gewerkschafter? Lässt man liebgewonnene Ressentiments gegenüber den Kirchen einmal beiseite, und analysiert nüchtern die globalen Herrschafts- und Machtstrukturen, dann wird man feststellen können, dass in den Religionen und auch Teilen der Kirchen hierzulande eine große Kraft liegt, die bewegbar ist.

3. Systemkritik wachhalten: Kapitalismus ist die herrschende destruktive Weltreligion.

Das neue Opium ist nicht die Religion, sondern der neoliberale Kapitalismus, der eine Unterwerfung des Menschen als Subjekt unter einen alternativlosen Zwang fordert. Das Kapital soll zur alles bestimmenden Wirklichkeit avancieren, vor dem „alle Welt die Knie beugen“ (Jes 44,15) soll. Die biblische Mythenkritik wird also dort ideologiekritisch aktuell, wo Menschen sich durch ein „Machwerke ihrer Hände“ (Jes 17,8) beherrschen lassen. Die Kritik der Götzen wendet sich gegen die Unterwerfung der Menschen unter selbstgeschaffene Instanzen wie jene eines Wirtschaftssystems. Dabei ist zu beachten, dass die Gleichsetzung von Fetischismus des Kapitals mit Götzendienst auf den objektiven Gegensatz von Eigengesetzlichkeit des Kapitalismus und Gottes befreiender Gegenwart in der Geschichte zielt.

Den Opfercharakter der Religion des Kapitalismus hatte Karl Marx in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Association im September 1864 angesprochen. Er sagte: „In alten Zeiten war der Kindesmord ein mysteriöser Ritus der Religion des Molochs. Doch er wurde nur bei ganz feierlichen Gelegenheiten ausgeübt, einmal im Jahr vielleicht, und dann hatte damals der Moloch keine ausschließliche Vorliebe für die Kinder der Armen.“ Für Marx gehört also der Opferkult keineswegs in eine bereits überwundene vormoderne oder unaufgeklärte Epoche der Menschheitsgeschichte sondern ist Kapitalismus zum System geworden. Die Unterwerfung des Menschen unter den Markt ist nicht nur religionsphänomenologisch zu verstehen, sondern in strengem Sinne theologisch. Das Vertrauen auf den Markt ist genauso grundlegend ist wie das Gottvertrauen.

Das höchste Wesen für den Menschen ist der Mensch und sein Recht auf Leben. Hier in Marburg sollten wir auch an den Marburger Sozialethiker der Vorkriegszeit Georg Wünsch erinnern, der den Kapitalismus ein System der „Dämonie“ genannt hatte. Die höchsten Gebote des Kapitalismus sind wie Marx sagte: Akkumuliert, akkumuliert – das ist Mose und die Propheten.“ Die höchsten Gebote laut Jesus sind: Liebe Gott und liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Darin seien alle Gesetze erfüllt. Das ist das Gegenprogramm auf den Punkt gebracht. Wir müssen nicht in die Dritte Welt reisen, um die Opfer seiner brutalen Gier zu entdecken. Ein Besuch in der Kneipe neben dem Hartz-IV-Amt reicht.

Doch die zynischen Verhältnisse, die sich alternativ los geben und Opfer einfordern, können nur über eine theologische Kritik an der Religion des Kapitalismus demaskiert werden, denn es ist die falsche fetischisierte Gottesverehrung, die es möglich macht, die Opfer für das Kapital zu legitimieren. Der neoliberale Kapitalismus ist nicht nur in einem metaphorischen Sinn eine Religion. Er ist eine Religion, die real Menschenopfer als unvermeidbar einfordert. Religionskritik bekommt damit einen anderen Gegenstand: Der vermeintlichen Säkularität der Weltreligion des globalisierten Kapitals nicht zu glauben wird zur Aufgabe der Christen in der Linken. Gegen einen Kapitalismus als Religion hilft nur eine Aufklärung über die fetischisierte Ökonomie mit den Mitteln der Religion. Im Römischen Reich gab es einen Pantheon voller Götter. Wer jedoch den Zentralkult, die Verehrung des Kaisers als Sonn Gottes, verweigerte, wurde wie die Christen als „Atheist“ verfolgt. So wie damals Christen sich der Verehrung der Religion des Kaiserkultes versagten, so müssen sie sich auch heute als Atheisten der Religion des Kapitalismus Widerstand leisten.

4. Hoffnung stiften

Ein Hinweis auf die Aufgabe linker Christen: Noch einmal den Marburger Sozialethiker Georg Wünsch (1887–1964). Er sagte: Die Novemberrevolution habe mit dem Artikel der Trennung von Staat und Kirche die Kirche zu ihrer eigentlichen Bestimmung befreit. Sie könne nun „die Sache der Unterdrückten zu der ihrigen“ machen. Christi Geist zwingt sie, allem Nationalismus zu widerstehen und für internationale Völkerversöhnung zu arbeiten, um eine in Christus geeinte Menschheit zu erreichen.

Die Konfliktlinie verläuft nicht zwischen Atheismus und religiösen Überzeugungen, sondern zwischen Compassio, dem Mitgefühl für die Lage der Menschen und der Schöpfung einerseits und einem Leben in Gleichgültigkeit, ein Leben auf der Zuschauertribüne der Geschichte. Die Ideologie des Neoliberalismus und ihre Vertreter, die sich eine Zeit lang als Sieger der Geschichte verstehen durften, haben eine Welt geschaffen, in der für Menschlichkeitshoffnungen jeder Art kein Platz mehr ist. Christen stehen in der alten Hoffnung, dass die Welt ein gutes Haus für alle werden soll. Wir sind Erben einer großen jahrtausendealten Hoffnung, die nicht klein zu kriegen ist, dass niemand Sklave und niemand Herr sein soll. Am Anfang der Geschichte der biblischen Religion steht die Befreiung von Sklaven aus dem Sklavenhaus Ägypten. Wir wissen: das hat es gegeben und das wird es wieder geben. Denn jeder Stiefel, der mit Gedröhn daher geht, und jeder Mantel, durch Blut geschleift, wird verbrannt und vom Feuer verzehrt. So wurde uns in der Weihnachtsliturgie in Erinnerung gebracht. Christen sind tätige Hüter solcher jahrtausendealten Hoffnung, die nicht klein zu kriegen ist. Sie halten daran fest, dass diese Welt anders werden kann und werden muss. Der religiöse Sozialist Christoph Blumhardt hat Christen Hoffnungsmenschen genannt. Das ist nicht wenig in diesen dunklen Zeiten.

II. Religion als bloße Privatsache?

Während all dies geschieht, gibt es in der Linken eine wahre Gespensterdebatte. In der gegenwärtigen Menschheitskrise während die Kirchen gesellschaftspolitisch fortschrittliche Po-

sitionen wie zu Flüchtlingsfrage oder zur Spaltung der Gesellschaft einnehmen, zettelt man eine Diskussion über die Privatisierung der Religion an. Im ersten Entwurf des Wahlprogramms heißt es:

„Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und Kirche ein. Der Staat muss unabhängig gegenüber den Religionen sein und Menschen, die aus weltanschaulichen oder religiösen Gründen verfolgt werden, schützen.“

Hier werden drei Aussagen gemacht.

1. Die Trennung zwischen Staat und Religion.

Das ist eine Lieblingsforderung, die zwar gern wiederholt wird, aber an der Sache vorbei geht. Denn nach Art. 137 WRV gibt es seit 1919 eine institutionelle Trennung zwischen Staat und Kirche. Alles andere wäre verfassungswidrig. Die beliebte Forderung meint deshalb auch nicht die Trennung von Staat und Religion, sondern die Absage an Kooperation zwischen Staat und Kirche auf der Basis der Trennung.

2. Der Staat muss unabhängig gegenüber den Religionen sein

Das Programm fordert denn auch die Unabhängigkeit des Staates gegenüber der Religion. Im Parteitagsbeschluss in NRW heißt es: «Wir lehnen die Einmischung der christlichen Kirchen in öffentliche Belange ab.» Warum ist diese Forderung wichtig in einer Zeit, in der die Kirche die stärkste zivilgesellschaftliche Kraft darstellt, die sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellt, gerade das nun in einem Wahlprogramm zu fordern? Beispiel: Der Bund gibt Millionen in Programmen mit Moscheegemeinden aus, um eine Jugendarbeit zu finanzieren, die helfen soll, Jugendliche vom Islamismus zu lösen. Das ist Zusammenarbeit auf der Basis der Trennung. Will die LINKE das wirklich abschaffen? Die kooperative Beziehung auf der Basis der Trennung begründet einen Anspruch auf gleichberechtigte Achtung und Förderung christlicher, jüdischer, islamischer, atheistischer, laizistischer etc. Weltanschauungen.

Dabei ist diese kooperative Verfasstheit und die Stärkung der Zivilgesellschaft überdies ein Strukturprinzip der Demokratie. So übernehmen die Wohlfahrtsverbände im Auftrag des Staates staatliche Aufgaben in der Daseinsvorsorge und führen sie selbstverantwortlich aus. In der Selbstverwaltung organisieren Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften mit dem Staat drittelparitätisch die Sozialversicherungen. Autonom ausgehandelte Tarifverträge entfalten eine normative Wirkung. Vor diesem Hintergrund ist schwerlich einzusehen, warum gerade die Kooperation des Staates und der Religionsgemeinschaften beendet werden sollte. Die Aufgabe wäre vielmehr, die Kooperation so weiterzuentwickeln, dass der säkulare Rechtsstaat allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gleichermaßen wirklich gerecht werden kann. Jede Privilegierung der beiden großen christlichen Kirchen ist eine Verletzung des Rechtsgrundsatzes auf Gleichberechtigung. Zur Weiterentwicklung einer kooperativen Beziehung gehört deshalb eine konsequente Entflechtung von Religionsgemeinschaften und Staat, beispielsweise bei der Abschaffung der Kirchengemeindegeldbeiträge.

Die LINKE legt die Axt an diese kooperative Grundverfassung, die die zivilgesellschaftlichen Kräfte einer Gesellschaft achtet und stärkt. Ist diese Forderung derzeit nicht zutiefst unpolitisch? Sind nicht Bündnispartner und Allianzen im Kampf gegen Rechts gefordert?

Die Formel «Trennung von Staat und Kirche» sagt nichts darüber aus, wie diese Trennung gestaltet wird: Sie kann liberal oder illiberal, dogmatisch oder freiheitlich, pragmatisch oder doktrinär sein. Der Laizismus irrt also, wenn er meint, dass die Trennungsforderung immer links, aufgeklärt und liberal sein müsse. Am Strand von Nizza wurde einer muslimischen Frau von Polizisten die Jacke ausgezogen, da der Laizismus verlangt, dass die Arme nicht bekleidet

sein dürfen. Das ist Beleg genug für die Freiheitsfeindlichkeit eines rigiden Regimes des Laizismus, der in Frankreich zur Staatsdoktrin geworden ist.

Ziel der Trennung von Staat und Kirche ist nicht die Privatisierung der Religion, sondern dass alle BürgerInnen gleiche Achtung und Respekt bekommen. Deshalb muss der Staat von der Kirche getrennt sein. Die Frage in einer multireligiösen und säkularen Gesellschaft ist, wie Freiräume für unterschiedliche Lebensentwürfe und Praktiken geschaffen werden können.

Da die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften nur die Folie für die Privatisierung der Religion bildet, bezieht sich das laizistische Modernisierungskonzept auf ein bloßes Abschaffungsprogramm: Religionsunterricht, Militärseelsorge, Kirchensteuer, der besondere Charakter kirchlicher Feiertage, Theologie an den Universitäten und so weiter sollen abgeschafft werden. Die Forderungen werden abstrakt als Programm erhoben, wobei die menschenrechtlichen, verfassungs- und grundrechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programms ignoriert werden. Doch wichtiger ist, dass sie keine aktuellen oder gesellschaftlichen Auseinandersetzungen adressieren.

„Die Laizität ist somit auch ein klares Stoppsignal an religiösen Fanatismus und 64 Fundamentalismus.“ (Parteitagsbeschluss in Sachsen)

Dieses Programm ignoriert die tatsächlichen Erfahrungen in laizistisch verfassten Gesellschaften wie Frankreich und Belgien. Dort führt man derzeit nach den islamistischen Anschlägen eine breite Debatte darüber, ob nicht der strikte Laizismus gerade dazu beigetragen habe, dass sich Muslime als nicht gleichberechtigte BürgerInnen fühlen können und deshalb desintegriert seien. Die laizistische Verbotskultur religiöse Symbole in der Öffentlichkeit hat zu einem Ausschluss der Religion aus der öffentlichen Sphäre geführt, die vor allem die Muslime direkt treffe. Wenn muslimischen Frauen das Tragen eines Kopftuchs in der Schule untersagt wird, erfahren sie den religiös neutralen laizistischen Staat als eine religionsfeindliche Unterdrückungsagentur. Der Laizismus will Religionskonflikte vermeiden, doch er erzeugt paradoxerweise einen Konflikt, wenn er Religion zur Vermeidung von Religionskonflikten in die Privatsphäre abdrängt. Alexander Gauland von der AfD behauptet: «Wir sind ein christlich-laizistisches Land, der Islam ist ein Fremdkörper.» Dieser neue Laizismus will den Islam aus der Gesellschaft ausschließen. Damit aber entfernt er sich von der ursprünglichen Intention des Laizismus, der die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich wollte, aber gerade nicht den Ausschluss der Religion aus der öffentlichen Sphäre gemeint hat.

Die LINKE verheddert sich, wenn sie sich an einzelnen religionspolitischen Sach- oder Streitfragen abarbeitet. Vor einer Positionierung in Einzelfragen muss ein programmatischer Kompass zur Orientierung in religionspolitischen Fragen entwickelt werden. Diese Orientierung können nur die Menschenrechte sein, denn sie bilden den Kern des normativen Konsenses pluralistischer Gesellschaften. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht. Es ist kein Recht für die Frommen, die geschützt werden möchten. Religionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht aller: Der LaizistInnen und der Frommen, der AtheistInnen und KonvertitInnen, der SkeptikerInnen und der AgnostikerInnen. Religionsfreiheit will einen Raum eröffnen, in dem alle nach ihren Überzeugungen gleichberechtigt leben können, damit sich Pluralität in einer säkularen und religionspluralen Gesellschaft ereignen kann. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit enthält drei Dimensionen: individuelle Freiheit zum Glauben, individuelle Freiheit vom Glauben und die gesellschaftlich-kollektive Freiheit, den gemeinsamen Glauben öffentlich und sichtbar zu leben. Die Laizisten erkennen nur das Recht auf positive und negative Religionsfreiheit an und sprechen die dritte Dimension des Rechts auf Religion in der Öffentlichkeit. Deshalb bedrohen sie die Unteilbarkeit der Menschenrechte.

Die Neutralität und Trennung von Religion, Weltanschauung und Staat verbietet keine Kooperation. Die kooperative Beziehung zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften auf der Grundlage der Trennung von Kirche und Staat qualifiziert das Bundesverfassungsgericht als «fördernde und wohlwollende Neutralität gegenüber den unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Richtungen». Die kooperative Beziehung begründet einen Anspruch auf gleichberechtigte Förderung christlicher, jüdischer, islamischer, atheistischer, laizistischer etc. Weltanschauungen. Wenn die Kirchen aber für sich Privilegien und Rechtspositionen beanspruchen, die religiösen Minderheiten vorenthalten werden, dann ist dies nicht zu legitimieren. Wir brauchen in unserer Gesellschaft die gleiche Achtung aller und die Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit.

Auch linke ChristInnen kritisieren diese Einbindung der Kirchen in die kapitalistische Klassengesellschaft. Auch sie fordern, dass die Kirchen mit dem kapitalistischen Staat brechen sollten, denn die Komplizenschaft mit dem kapitalistischen System habe das emanzipatorische Potential des Christentums eingehegt. Es gibt nämlich keine theologische Begründung für ein kirchliches Sonderarbeitsrecht, für staatliche Dotationen, Militärseelsorge oder die Abhängigkeit der Kirchenfinanzierung von der Steuerpolitik des Staates.

Die Aufgabe für die LINKE besteht darin, für den Pluralismus einer multireligiösen und säkularen Gesellschaft zu kämpfen. Dann aber gehören folgende Forderungen auf die Tagesordnung:

- islamische Gemeinschaften als Religionsgemeinschaften rechtlich anzuerkennen, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen des Religionsverfassungsrechts erfüllen;
- die Grundrechte der in Kirche und Diakonie /Caritas beschäftigten ArbeitnehmerInnen zu schützen;
- Privilegien abzuschaffen, die wie Staatsdotationen nur den Kirchen zukommen.
- einen jüdischen und muslimischen Feiertag gesetzlich anzuerkennen, wäre ein symbolischer Akt, der bekräftigen würde, dass das Judentum und der Islam zu Deutschland gehören. Das Tragen religiöse Symbole (wie Kopftuch, Kippa, Kreuz) in der Öffentlichkeit müssen als ein Ausdruck der Religionsfreiheit erlaubt sein.
- Den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen gegen die Ausweitung von Ladenöffnungszeiten an Sonntagen politisch zu unterstützen, denn der Sonntag als «Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung» (Art 140 GG) ist eine soziale Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die unter neoliberalen Druck steht.
- Der verfassungsrechtlich garantierte Religionsunterricht muss zu einem Recht für alle Religionen werden und entsprechend ist ein Ethikunterricht für Säkulare einzurichten. Die bestehende Militärseelsorge ist verfassungswidrig. Sie muss durch das Recht auf Religionsfreiheit aller Religionen unabhängig vom Staat in öffentlichen Einrichtungen wie Bundeswehr, Gefängnissen oder Krankenhäusern abgelöst werden.

Deshalb halte ich es mit Rosa Luxemburg. Ihr war klar, „dass die ‘bourgeoisen’ Priesterfresser vor allem Feinde des Proletariats sind“ (Bd. 6, 465). Für sie war der Laizismus ein bürgerlicher Antiklerikalismus, der von den zentralen Auseinandersetzungen nur ablenkt. Deshalb hat sie klargestellt: „niemals ... Kampf gegen religiöse Überzeugungen“ (Bd. 6, 459) Ihr

Kampf und unser Widerstand gilt den „Kirche als geistige[n] Generalstab der herrschenden Klassen“, nicht aber Kirche und Religion schlechthin.

Ich persönlich bin übrigens aus ganz anderen Gründen für eine stärkere Trennung von Kirche und Staat. Die Einhegung der Kirchen durch die bürgerlich-kapitalistische Klassengesellschaft führt nämlich dazu, dass die emanzipatorischen Potentiale des Christentums kaum zur Geltung gebracht werden können. Wie sagte Papst Franziskus beim 2. Welttreffen der sozialen Bewegungen doch: „Einheit, Frieden und Gerechtigkeit . Wir Christen haben etwas sehr Schönes, eine Handlungsanleitung, ein revolutionäres Programm, könnte man sagen.“

Aber da kann ich mir mit einem weltanschaulichen Laizismus, der Religion ins Private abdrängen will und jegliche Einmischungen der Kirchen in öffentliche Belange verbieten will, nun wirklich keine Allianzen vorstellen.